

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Erwin Huber

Abg. Florian von Brunn

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Walter Nussel

Abg. Annette Karl

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Staatsminister Dr. Markus Söder

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

"Wälder, Wiesen und Felder schützen - Zügellosen Flächenverbrauch in Bayern stoppen!"

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind Ihnen bekannt. Die fraktionslose Abgeordnete Claudia Stamm kann bis zu zwei Minuten sprechen. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. – Erster Redner ist der Kollege Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Anfang aus einer Rede zitieren, die hier im Hohen Hause gehalten worden ist:

... ein oft unterschätztes Thema ist der Flächenverbrauch. Wir wollen den Flächenverbrauch vermindern. Ich weiß, das ist leichter gefordert als vor Ort umgesetzt. Wir brauchen in Bayern, aber auch in Deutschland, für Infrastruktur- und andere Baumaßnahmen viel zu viel Lebensraum, viel zu viele Flächen. Meine Damen und Herren, da müssen wir bescheidener und zurückhaltender werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das stammt aus der Regierungserklärung des – nicht anwesenden – Ministerpräsidenten Seehofer vom Dezember 2008. Das sind seine Worte. Aber acht Jahre ist in diesem Bereich gar nichts passiert. Wo stehen wir heute? Was hat die CSU-Regierung getan? Was hat der Ministerpräsident getan, um den Flächenfraß in den Griff zu be-

kommen? Es geht hier um unsere Heimat, und ich würde gerne wissen, wie Sie sie in Zukunft schützen möchten. Sie haben wirklich gar nichts getan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber blicken wir nicht nur nach hinten, sondern auch nach vorne. Es ist für den Landschafts- und Umweltschutz eigentlich schon schlimm genug, dass jahrelang gar nichts getan worden ist. Der Ministerpräsident pfeift auf seine eigenen Worte. Statt den Flächenfraß endlich einzudämmen, öffnet er die Schleusen für noch mehr Beton und Asphalt auf unseren Wiesen und Äckern. Statt den Flächenverbrauch endlich einzudämmen, weicht er das Anbindegebot auf, das dem Flächenverbrauch wenigstens etwas Einhalt geboten hat. Die CSU-Regierung und sicher ganz vorneweg auch der Heimatzerstörer Markus Söder haben die Landesplanung in Bayern zu einem Freibrief zum Betonieren und zum Plattmachen unserer bayerischen Heimat gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich das anhand eines Bereichs deutlich machen. Söder schreckt ja nicht einmal davor zurück, eine strenge Naturschutzvorschrift in der Alpenschutzzone im Allgäu am Riedberger Horn mit einem Federstrich auszuradieren, damit dort eine landschaftszerstörende Skilifttrasse gebaut werden kann. Ich weiß, die Wahrheit tut weh; aber genau so ist es.

Jetzt schon fallen 13 Hektar Wiesen, Wälder und Äcker dem Bagger zum Opfer – nicht im Monat, nicht in der Woche, sondern täglich. Täglich werden 13 Hektar bayerische Kultur- und Naturlandschaft einfach zubetoniert. Statt Kartoffeln, Rüben und Kohl wachsen dort Logistikzentren, riesige Lkw-Parkplätze an unseren Autobahnen und Aldi, Lidl und Co. an meist sinnlosen Umgehungsstraßen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, seit der letzten Plenarsitzung vor Ostern ist in Bayern die Fläche der Osterseen einfach zubetoniert worden. Man muss ganz deutlich sagen: Über die Osterferien ist einmal die Fläche der Osterseen in Bayern verbraucht worden. Das ist Ihre Landesplanung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Landesplanung und Ihr Flächenfraß vernichten täglich ein Stück Heimat – für noch mehr Straßen und noch mehr Gewerbegebiete. Da bitte ich Sie wirklich – Herr Huber, in Niederbayern ist das wirklich angesagt –, sich in Ihrer Region umzuschauen. Schauen Sie in die Region, aus der Sie kommen!

(Erwin Huber (CSU): Die kenne ich besser als Sie!)

Denken Sie an Ihre Kindheit, denken Sie an Ihre Jugend zurück! Wo sich früher ein Bach durch die Wiesen schlängelte, steht heute ein Baumarkt. Wo Sie früher mit Ihren Kumpels auf dem Rasen gekickt haben, steht heute vielleicht der Textildiscounter KIK. Wo Sie mit den Eltern den Sonntagsspaziergang gemacht haben, ist heute sicher eine Umgehungsstraße. Sie sind im Begriff, unser Land in ein Gewerbegebiet mit Autobahnanschluss zu verwandeln. Das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist zu schön, um es der Landesplanung der CSU zu überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Landschaft verändert sich. Das sehen wir GRÜNE auch so. Wenn neue Wohnungen entstehen, wenn neue Windräder gebaut werden, wenn ein Unternehmen neue Arbeitsplätze schafft, wenn eine neue Schule entsteht, dann macht das das Leben der Menschen besser. Was aber nicht so weitergehen darf, ist Wachstum um des Wachstums willen, Flächenfraß ohne Maß und Ziel. Genau das aber betreiben Sie in unserem schönen Bayern seit Jahren. Genau deshalb ist es an der Zeit, ein unübersehbares Stoppschild aufzustellen: Stopp dem wuchernden Flächenfraß! Stopp dem Ausverkauf unserer Heimat! Stopp der Asphaltlawine, die sich über unsere Landschaft ergießt und immer mehr Tier- und Pflanzenarten unter sich begräbt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 63 % der Menschen in Bayern lehnen Gewerbegebiete auf der grünen Wiese ab – übrigens 58 % der CSU-Wähler. Der BUND Naturschutz fordert ein Ende des ungezügelten Flächenfraßes, und auch der Bauernverband kämpft gegen die Flächenvernichtung in Bayern, die Ackerland zu einem lohnenden Spekulationsobjekt gemacht hat.

Die Menschen in Bayern leiden unter diesem Flächenverbrauch. Sie haben es satt, dass ständig Gewerbegebiete und Straßen entstehen und zeitgleich ihre Ortskerne aussterben. Ich verstehe es gut, wenn die achtzigjährige Frau verärgert ist, die immer zum Bäcker und zum Metzger im Ortszentrum gegangen ist. Bäcker und Metzger sind jetzt leider fort, da sie sich gegen die Konkurrenz an der Umgehungsstraße nicht behaupten konnten. Diese bringt der achtzigjährigen Frau aber gar nichts; denn ohne Auto kommt sie dort meist nicht hin. Ich verstehe die Eltern, die ihre Kinder nicht mehr allein zum Einkaufen schicken, weil das Überqueren der Umgehungsstraße lebensgefährlich geworden ist.

Das gilt auch für die regionale Wirtschaft. Der alteingesessene Metzger hat sein Fleisch bei den Bauern des Dorfes gekauft. Der neue Discounter tut dies nicht. Herr Huber, auch wenn Sie das lustig finden: Sehen Sie sich die Effekte an. Erst kommt die Umgehungsstraße, dann kommt der Discounter, und kurz danach macht die Lebensmittelversorgung im Ort dicht. Das darf so nicht sein. Das ist aber Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Regierungserklärung des Jahres 2008 hat Seehofer oft davon gesprochen, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Das ist leichter gefordert als vor Ort umgesetzt – das ist richtig. Aber die Frage ist doch nicht, ob etwas leicht oder einfach umzusetzen ist. Die Frage ist doch: Ist etwas sinnvoll, nötig und gut für unser Land und für die Menschen? Das ist unsere grüne Messlatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sind da ganz klar: Ja, wir wollen den Flächenverbrauch in Bayern reduzieren, damit wir auch noch in 20 Jahren unsere einzigartige Kulturlandschaft genießen können und nicht am Gewerbepark mit Autobahnanschluss leben müssen. Deshalb brauchen wir eine Obergrenze für den Flächenverbrauch in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, deshalb werden wir in den kommenden Wochen einen Gesetzentwurf mit dem ganz klar verbindlichen Ziel einer Flächenverbrauchsobergrenze von 4,7 Hektar pro Tag in den Landtag einbringen. Im Landesplanungsgesetz ist das regelbar – das hat unser Gutachten bestätigt. Wenn man die 4,7 Hektar betrachtet, stellt man fest, dass diese das auf Bayern heruntergebrochene Bundesziel von 30 Hektar sind, also faktisch ein Drittel des Ist-Zustands betragen. Ich bitte Sie, Herr Huber: Denken Sie, bevor der Bagger kommt. Wenn sich bei Ihnen in Niederbayern ein neuer OBI oder sonstiger Baumarkt oder wer auch immer ansiedelt und dabei zwei Etagen baut und eine Tiefgarage erstellt, kommt man mit einem Drittel der Fläche aus. Wir brauchen auf gar nichts zu verzichten. Wir müssen nur denken, bevor der Bagger kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Anspruch an Politik – ich hoffe und wünsche mir, es wäre auch Ihr Anspruch an Politik – ist: Wenn ein Problem erkannt ist, dann geht es nicht nur um die Problembeschreibung, sondern auch um Lösungen und Konzepte und um den Mut, die Herausforderungen anzupacken, statt vor ihnen davonzulaufen. Die Sonntagsreden zum Thema Flächensparen hört man auch von der CSU. Man muss aber ganz deutlich sagen: Sonntagsreden halten Sie am Sonntag, aber am Montag betonieren Sie wieder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten auch nicht vergessen: Jeder, der sich mit dem Thema intensiv befasst, weiß ganz genau: Das Thema Flächenverbrauch ist das umweltschutzpolitische Thema unserer Zeit. Wir GRÜNE haben einen praktikablen Lösungsansatz. Sie von der CSU-Regierung sitzen das Thema nicht nur aus; nein, Sie verschärfen das Problem sogar noch durch die Aufweichung des Anbindegebotes. Mit Verlaub: Blöder geht es nicht mehr.

Für uns GRÜNE ist klar: 4,7 Hektar pro Tag müssen reichen. Ich bin überzeugt: Das schaffen wir – wenn es sein muss, auch gegen Sie, aber mit den Menschen in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Erwin Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Hartmann von den GRÜNEN hat hier dargestellt, dass Bayern eine Betonwüste und eine Asphaltbahn wäre. Das ist ein Zerrbild, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Aber Sie arbeiten daran!)

Wenn Sie sich in Bayern bewegen, sehen Sie eine wunderbare Landschaft; Sie sehen eine vielfältige Kulturlandschaft, auch dank der Landwirte, die Sie bekämpfen. Wir haben insgesamt ein blühendes Land mit einer großartigen Vielfalt. Ich sage: In Bayern beträgt die Zahl der Gästeübernachtungen pro Jahr circa 100 Millionen. Diese Touristen kommen doch nicht in eine Betonwüste, sondern in ein Land, das ihnen gefällt und das eine im bundesweiten Vergleich einmalige Schönheit bietet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wen wundert es nicht, dass die GRÜNEN immer mehr an Zustimmung verlieren, wenn sie heute in dieser Art und Weise an der Realität vorbeigehen.

Meine Damen und Herren, wenden wir uns jetzt den Zahlen zu. Die Nutzung der Fläche für Wohngebiete, Gewerbegebiete und Verkehrsinfrastruktur beträgt in Bayern etwa 11,7 %. Das hat mit einer Zubetonierung der gesamten Landschaft überhaupt nichts zu tun. Ihnen fehlt völlig die Dimension. Meine Damen und Herren, bundesweit sind wir bei über 13 %. In Bayern wird die Landschaft also unterdurchschnittlich beansprucht. Sie erwecken den Eindruck, als ob in Bayern jeden Tag jemand unterwegs wäre, der aus Lust und nur um des Geldes willen einfach Felder und Wiesen zubetonieren würde. Das ist doch verrückt.

(Beifall bei der CSU)

Was Sie hier behaupten, ist doch absolut verrückt.

Tatsache ist, dass der Flächenverbrauch zunimmt. Das bestreite ich gar nicht. Warum aber nimmt er zu? – Nicht, weil wir wachstumswütige Kommunen hätten, sondern weil seit dem Jahr 1990 die Bevölkerung in Bayern um mehr als zwei Millionen Menschen zugenommen hat, in erster Linie aufgrund der Zuwanderung aus dem Bundesgebiet und der Zuwanderung aus Europa. Das ist Folge der Freizügigkeit. Die Menschen kommen nach Bayern, weil sie hier Chancen, insbesondere auf einen guten Arbeitsplatz, sehen. Bayern ist kein zubetoniertes Land. Die Menschen, die hier wohnen, wollen und können die Schönheit der Landschaft genießen. Aber jeder hat auch Anspruch auf vernünftigen Wohnraum.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, von Ihnen höre ich fast jede Woche, wir müssten den Wohnungsbau stärker fördern und für bezahlbare Wohnungen noch mehr Geld bereitstellen. Wohnungen kann man aber nicht in die Luft hängen oder unter die Erde bauen.

(Florian von Brunn (SPD): Aber in die Höhe!)

Der Bau von Wohnungen ist nun einmal mit einer Beanspruchung von Fläche verbunden.

Sie von den GRÜNEN sind nicht in der Lage, die verschiedenen Bedürfnisse und Zielsetzungen in eine Balance zu bringen, sondern Sie können nur in den Kategorien "Schwarz" und "Weiß" denken.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Und Sie sind von vorgestern!)

Deshalb darf unser Land nie von den GRÜNEN mitregiert werden!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vor jeder Entscheidung im kommunalen Bereich über Wohngebiete, Gewerbegebiete und Verkehrsflächen muss natürlich abgewogen werden, ob es sparsamer geht und die vorhandene Fläche noch besser genutzt werden kann. Das ist übrigens auch Gegenstand des Bundesgesetzes zur Änderung des Bauplanungsrechts, mit dem die neue Kategorie der "Urbanen Gebiete" geschaffen worden ist. Diese Gesetzesänderung haben die GRÜNEN aber abgelehnt. Ich sage: Wir müssen die verschiedenen Zielsetzungen mit Vernunft in Übereinstimmung bringen. Der Flächenverbrauch muss jeweils so gering wie möglich ausfallen. Wenn hier allerdings der Eindruck erweckt wird, es sei möglich, den Flächenverbrauch auf 4,7 Hektar oder gar auf null zu senken, dann ist das abwegig. Wie man die Forderungen der GRÜNEN in einem Gesetz, das letztlich 2.000 Kommunen erfassen würde, umsetzen kann, bleibt unklar. Anscheinend haben die GRÜNEN ein Phantombild vor Augen, das keine Entsprechung in der Realität hat.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Kennen Sie die nationalen Ziele? Kennen Sie die europäischen Ziele?)

Kommen wir zu dem Punkt, auf den Sie, Herr Hartmann, besonders intensiv eingegangen sind: das Anbindegebot. Es ist richtig, dass die Staatsregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Wir werden darüber beraten. Am kommenden Donnerstag wird – auch auf Antrag der Opposition – eine Anhörung stattfinden. Die Opposition hat allerdings, noch bevor die Anhörung stattgefunden hat, schon ihre Position festgelegt. Ich finde, das ist unhöflich gegenüber den Experten, die wir eingeladen haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die werden Ihnen schon sagen, was sie von dem Entwurf halten!)

Von einem Abgeordneten, auch wenn er von den GRÜNEN ist, möchte man allerdings erwarten dürfen, dass er die Grundrechenarten beherrscht.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das sagt der Richtige!)

Die Orientierung am Anbindegebot hat nicht automatisch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete zur Folge. Die Kommunen entscheiden vielmehr selbst darüber, ob und, wenn ja, wo sie ein Gewerbegebiet ausweisen. Ob es an einer Autobahnausfahrt oder am Ortsrand gelegen ist, bedeutet, was den Flächenverbrauch angeht, keinerlei Unterschied. Sie wissen ja nicht einmal, was mit dem Anbindegebot verbunden ist, Herr Hartmann.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Jemand, der von der Sache nichts versteht, redet immer am allerleichtesten.

(Florian von Brunn (SPD): Das sieht man ja an Ihrem Redebeitrag!)

Ich möchte dem Heimatminister Markus Söder für dessen Initiative ausdrücklich Dank und Anerkennung sagen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Damit wird etwas umgesetzt, was wir schon in der vergangenen Legislaturperiode angestrebt hatten. Unser Ansatz läuft im Kern darauf hinaus, den Kommunen mehr Entscheidungsmöglichkeiten zu geben. Heute gilt, was das Handwerk und den gesamten Mittelstand angeht, in der Tat ein strenges Anbindegebot. Gewerbegebiete dürfen nur an bestehende Siedlungen angebunden werden. Es gibt allerdings schon Ausnahmen, zum Beispiel für den Logistikbereich, für emittierende Betriebe und generell für große Betriebe, aber nicht für den Handwerksbereich. Jetzt frage ich: Warum sollen die Großen an der Autobahn bauen dürfen, aber die Kleinen nicht? – Wer sich für die Förderung des Mittelstands ausspricht, der muss dem Handwerk die gleichen Möglichkeiten wie den Großbetrieben eröffnen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Alle heraus auf die grüne Wiese?)

– Nein, das heißt es nicht. Mit der Lockerung des Anbindegebots wird keine Gemeinde verpflichtet, ein Gewerbegebiet auszuweisen. Wir geben den Kommunen mehr Handlungsspielraum. Sonst höre ich doch von SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN immer, wir sollten die Kommunen, insbesondere die kommunale Selbstverwaltung, stärken. Jedenfalls was die GRÜNEN angeht, muss ich feststellen: Sie wollen das Gegenteil erreichen, nämlich Bevormundung der Kommunen, Reglementierung und Einschränkung.

(Florian von Brunn (SPD): Und das Landesplanungsgesetz?)

Wir vertrauen darauf, dass die Kommunen für ihren Bereich die richtigen Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir wollen, dass sich der ländliche Raum gut entwickelt, dann müssen wir auch dem Gewerbe im ländlichen Raum attraktive Möglichkeiten eröffnen. In dem Wettbewerb zwischen den Ballungsräumen, das heißt den wachsenden Großstädten, und

dem ländlichen Raum – diesen Wettbewerb gibt es – hat es der ländliche Raum oft schwer. Wenn wir den Kommunen die Möglichkeit geben, entlang von Entwicklungsachsen, beispielsweise Autobahnen, Gewerbegebiete auszuweisen, dann erhöhen sich die Chancen, dass auch im ländlichen Raum mehr Arbeitsplätze entstehen. Wir können die Menschen nicht im ländlichen Raum halten, wenn es dort keine qualifizierten Arbeitsplätze gibt. Voraussetzung ist die Möglichkeit, dort Gewerbegebiete zu schaffen. Das ist die Logik.

(Beifall bei der CSU)

Gelingt dies nicht, kommt es zur Abwanderung in die Städte.

Als Letztes füge ich hinzu: Es ist durchaus sinnvoll, die Bereiche Gewerbe und Wohnen voneinander zu trennen. Die häufigste Belastung, die wir heute spüren, ist Lärm. Dieser entsteht in Gewerbegebieten automatisch, insbesondere durch den Lkw-Verkehr, der für die Zulieferung und den Abtransport nun einmal erforderlich ist. Welchen Sinn hat es also, Dörfer, Märkte und Kleinstädte dazu zu zwingen, Gewerbegebiete unmittelbar anzubinden? Warum darf es keinen Zwischenraum geben?

Ich finde, es ist viel vernünftiger, die Flächen in der Nähe von Autobahnen, wo es ohnehin bereits Eingriffe gegeben hat, zu nutzen, um dort Gewerbegebiete anzusiedeln. Damit können aus der Lärmbelastung resultierende Konflikte mit Wohngebieten vermieden werden. Das ist Ausdruck von Weitblick. Sie dagegen haben einen verengten Blick.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte dem Finanz- und Heimatminister ausdrücklich Anerkennung zollen, nicht nur für das LEP, das wir in dieser Fassung, insbesondere was das Anbindegebot und die Räume mit besonderem Handlungsbedarf angeht, voll unterstützen. Das ist genau die richtige Entwicklung, eine Entwicklung, die das Land braucht.

Ich weiß nicht, welche Vorstellung die GRÜNEN haben. Es ist jedenfalls nicht die Vorstellung von einer modernen Gesellschaft. Die GRÜNEN meinen offenbar, wir könnten in Laubhütten leben, mit Holzschuhen herumlaufen, uns mit Schafwolle kleiden und jeden Tag einen Veggie-Day machen. Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht die Zukunft Bayerns!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD):
Aber keine Windräder! Bloß nicht! Das, was Sie hier vorführen, ist Spiegelfechtereil!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Huber.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Herr von Brunn, wir warten noch so lange, bis sich die Herrschaften beruhigt haben. – Als Nächster hat Herr Kollege von Brunn von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Diese Staatsregierung – allen voran der sogenannte Heimatminister –, aber auch Herr Kollege Huber ist ein gutes Beispiel für den Widerspruch zwischen Reden und Handeln. In Sonntagsreden malen Sie das Bild von einem idyllischen Bayern. Sie schwärmen davon, dass Sie Heimat und Tradition bewahren, und lobpreisen die über Jahrhunderte gewachsene Kulturlandschaft. Aber im politischen Alltag arbeiten Sie mit blindem Eifer und aller Macht an einem betongrauen Bayern, an der Verödung von Dörfern und Gemeinden, an der Zerstörung von Wiesen, Wäldern und fruchtbaren Äckern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Ihre teerhaltigen Pläne bedeuten immer mehr Verkehr, immer mehr Straßen und Kreisverkehre allerorten, riesige Einkaufszentren und gigantische Gewerbegebiete. Ihre

neue Dreifaltigkeit heißt anscheinend: Aldi, OBI, Fressnapf. Dann wollen Sie noch künstliches Green auf dem Golfplatz statt blühender Wiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Flächenverbrauch in Bayern hat ein Ausmaß erreicht, das jede Dimension sprengt. Er bewegt sich seit Jahren auf dem höchsten Niveau aller Bundesländer. Bayern spielt unter Horst Seehofer und dem Heimatminister Söder ganz oben in der Champions League mit – in der Champions League der Versiegelung, Zersiedelung und Naturzerstörung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Statt dagegen vorzugehen, macht der sogenannte Heimatminister die Schleusen noch weiter auf – durch erneute Deregulierung und Schwächung der Landesplanung –, damit sich eine zerstörerische Sturzflut von Asphalt und Beton über Bayerns Natur- und Kulturlandschaft ergießen kann. Angeblich soll das dem ländlichen Raum nutzen, Arbeitsplätze und Wohnungen bringen. Das sind jedoch nur die alternativen Fakten des Dr. Donald Söder. Was die eine Gemeinde gewinnt, verliert häufig die andere Gemeinde. 40 % der Gewerbeflächen in Bayern stehen ohnehin leer. Das ist eines der mit großem Getöse und Tamtam inszenierten söderischen Nullsummenspiele, jedoch mit schlimmen Folgen für die bayerische Heimat. Die Zersiedelung und Zersplitterung, die Sie vorsätzlich anheizen, produzieren immer mehr Verkehr. Mehr Verkehr erfordert mehr Straßen und damit mehr Flächenverbrauch und noch mehr Versiegelung. Das erzeugt wiederum mehr Umweltschäden und volkswirtschaftliche Kosten. Die Zersiedelung verursacht auch höhere Ausgaben für die Infrastruktur. Das sind ebenfalls volkswirtschaftliche Kosten. Flächenverbrauch und Versiegelung führen dazu, dass Böden immer weniger Kohlendioxid speichern können. Auf diese Weise treiben Sie die Klimaüberhitzung an. Durch die Versiegelung verschlimmern Sie die Folgen von Starkregen und Hochwasser. Die Begleichung von Hochwasserschäden und der Hochwasserschutz verursachen auch volkswirtschaftliche Kosten. Dazu kommen die negativen Folgen für Natur und Umwelt. Flächenverbrauch und Versiegelung zerstören die Natur und führen zu großen Verlusten an Tier- und Pflanzenarten. Sie entziehen der Land-

wirtschaft buchstäblich den Boden und treiben die Pachtpreise in Bayern nach oben. Deshalb warnt der Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Herr Walter Heidl – ich zitiere: "Unser fruchtbarer Grund und Boden darf nicht weiter einfach zubetoniert werden. Es geht um die Existenzgrundlage unserer bäuerlichen Familienbetriebe."

(Beifall bei der SPD)

Aber nicht nur die Bauern und die Naturschutzverbände, auch der Bayerische Städte- tag, Architekten und Ingenieure und der Bayerische Landesverein für Heimatpflege sind gegen Ihre Pläne. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen einen anderen, einen besseren Weg gehen. Wir geben der Innenentwicklung intakter Dörfer den Vorzug. Wir wollen auch eine Begrenzung des Flächenverbrauchs. Es gibt sowohl nationale Ziele der Bundesregierung als auch europäische Vorgaben für vernünftige Raumplanung und eine intelligente ökologische Lenkung des Flächenverbrauchs. Dazu zählen das Flächenrecycling und das Flächensparen. Sie betreiben insgesamt eine rückschrittliche Wirtschaftspolitik aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Wir brauchen jedoch eine Wirtschaftspolitik, die nachhaltig und umweltbewusst ist und in das 21. Jahrhundert gehört.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister Söder, zum Schluss habe ich noch einen aktuellen Hinweis: Orientieren Sie sich doch am anderen ewigen Kronprinzen, an Prinz Charles. Der wartet zwar auch schon lange, engagiert sich in dieser Zeit jedoch sinnvoll für den Umwelt- und Naturschutz. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Muthmann von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Huber, wir werden uns bei Gelegenheit an Ihre Anmerkung bezüglich der Wertschätzung von Sachverständigen erinnern. An dieser Stelle schätze ich Ihr Bekenntnis, zunächst die Anhörung am Donnerstag abzuwarten und die Einschätzung der Sachverständigen zum Landesentwicklungsprogramm einzuholen.

Wir thematisieren heute jedoch nicht nur das LEP, sondern auch die Reduzierung der Versiegelung auf ein vernünftiges Maß. Allenthalben kann man ein Bekenntnis zur großartigen Kulturlandschaft Bayerns vernehmen. Dafür braucht man nicht auf Kalenderblätter oder das touristische Marketing zu schauen. Wir müssen nur schauen, was Naherholungssuchende schätzen oder welche ökologischen Motive es gibt, um die Vielfalt von Flora und Fauna zu erhalten und zu unterstützen. Im Fokus steht dabei der Wert der unberührten und nicht zerschnittenen Landschaft. Dies ist sicherlich ein unverzichtbarer Bestandteil eines lebenswerten und erhaltenswerten Bayern.

Das ist jedoch nicht der einzige Wert, um den es in diesem Zusammenhang geht. Wir müssen ebenfalls die gleichwertigen Lebensbedingungen, die gleichwertigen Entwicklungschancen und die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Bayern in den Fokus nehmen und dafür Lösungen finden. Man muss auch die bestehende Rechtslage im Blick haben. Ich kann das in der Kürze der Zeit nur anreißen: schonender Umgang mit Grund und Boden, vorrangige Innenentwicklung, geordnete städtebauliche Entwicklung und Anbindung. Dabei handelt es sich um rechtliche Vorgaben, die nicht angeührt werden dürfen. Sie stehen im Baugesetzbuch und müssen weiterhin Beachtung finden.

Wir sind der Meinung, dass das bisherige Ergebnis im Hinblick auf den Flächenverbrauch nicht zufriedenstellend ist, sondern weitere Anstrengungen unternommen werden müssen. In erster Linie setzen wir FREIEN WÄHLER auf Anreizsysteme, um die Innenentwicklung weiter zu stärken. Wir müssen uns verstärkt dafür einsetzen, dass bestehende Leerstände genutzt und revitalisiert werden. Dies alles hat Vorrang vor

den Vorschlägen der GRÜNEN. Lieber Herr Kollege Hartmann, ich bin auf den angekündigten Gesetzentwurf zur Beschränkung des Flächenverbrauchs auf 4,7 Hektar pro Tag gespannt. In diesem Zusammenhang ist eine Vielzahl von Fragen zu klären. Wir sind sehr skeptisch, ob damit ein Beitrag zur Reduzierung des Flächenverbrauchs geleistet werden kann.

Gleichzeitig müssen die Fragen beachtet werden: Wie kann man zusätzliches Bauland gewinnen, um Baugrundstücke und damit Wohnbebauung zu realisieren? Wie sieht das Verteilungsverfahren dieses Kontingents aus? Wie werden die Interessen einkommensschwacher Kommunen berücksichtigt? Landesplanerisch hatten wir schon einmal geregelt, dass für den Verteilungsmaßstab Einwohnerzahlen und Flächen maßgeblich sind. Wozu hat das geführt? – Da, wo viel ist, ist wieder viel möglich. Dort, wo wenig ist, bestehen wenige Lösungsmöglichkeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Versorgungslücken aller Art können nicht angemessen aufgeholt werden, weil die Starken auf diese Art und Weise weiter gestärkt werden. An dieser Stelle bleibt vieles offen. Wir haben die Sorge, dass ein Flächenhandel entsteht, der wiederum die Wohlhabenden stärkt. Dies alles trägt nicht zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern bei.

Ich möchte noch auf das Anbindegebot hinweisen. Ihre massive Kritik an der Lockerung des Anbindegebots teilen wir nicht. Wenn wir draußen mit den Bürgermeistern der Gemeinden sprechen, sehen wir die Probleme. Eine vernünftige Anbindung an bestehende Siedlungsstrukturen schafft mehr Schwierigkeiten, als sie Lösungen bringt. Als Stichworte nenne ich: Lärm, Kollision von Wohnen und Gewerbe, zusätzlicher Flächenverbrauch für Erschließungsstraßen, Probleme durch Ziel- und Quellverkehr durch Orte.

Mit einer unmittelbaren Anbindung an Verkehrsachsen kann man all diese Probleme lösen. Die Gewerbe- und Industriegebiete werden damit auch attraktiver. Uns muss es

zu denken geben, dass Gewerbegebiete zum Teil nicht angenommen werden. Man kann in diesem Zusammenhang über eine Reduzierung diskutieren. Angesichts der vielen begrenzenden Regeln sehen wir keine Wildwuchsgefahr. Wenn wir uns die bisherige Praxis und das Landschaftsbild Bayerns ansehen, merken wir, dass wir uns keine Sorgen um eine attraktive Landschaft, um ein attraktives Bayern machen müssen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Wir brauchen vernünftige Ergänzungsvorschläge für eine vernünftige Begrenzung des Flächenverbrauchs. Was bisher vorgelegt worden ist, erfüllt diesen Anspruch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Nussel von der CSU das Wort. Bitte schön.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute von Teilen der Opposition, von den GRÜNEN und von der SPD, kein Wort darüber gehört, worin auch Ursachen des Landverbrauchs liegen, nämlich nicht nur in der Schaffung von Infrastruktur, nicht nur in der Schaffung von Wohnraum, sondern letztendlich auch in den Maßnahmen, die wir gesetzlich beschlossen haben: in der Schaffung von Ausgleichsflächen über den Naturschutzfonds, Flächen, die aus der Bewirtschaftung genommen werden. Das betrifft allein durch den Naturschutzfonds in Bayern weit über 5.000 Hektar. Davon haben Sie kein Wort gesprochen.

(Florian von Brunn (SPD): Weil es nicht zum Thema gehört!)

Das ist eine Aufwertung unseres Landes. Diese Flächen stehen rein der Natur zur Verfügung. Das bitte ich bei einer solchen Diskussion, Herr von Brunn, auch einmal zur Kenntnis zu nehmen und vorne mit anzustellen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Es sind Ausgleichsflächen!)

– Genau richtig, das sind, genauso wie beim Straßenbau, ökologische Ausgleichsflächen. Denn wenn man eine Straße baut und einen Quadratmeter teert und versiegelt, dann braucht man zwei Quadratmeter Grünfläche außenherum. Das ist unsere Gesetzeslage.

(Florian von Brunn (SPD): Meinen Sie das Grün auf dem Kreisverkehr?)

Dies wird hier immer verkannt. Es wird nur über das Zubetonieren gesprochen. Auch bei Wohngebieten wird beim Bau eines Hauses mit einer Grundfläche von 100 m² auf einem Grundstück von 500 m² nicht die ganze Fläche zubetoniert, sondern auch ein großer Teil dieser Fläche zu Garten und Grünfläche umgestaltet. Auch das stellen Sie nicht wahrheitsgemäß dar.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Sehr richtig! – Florian von Brunn (SPD): Schrebergärten und Thujahecken!)

Ich möchte auch darauf hinweisen: Im Ministerrat wurde über das grüne Band an unserer Grenze zu Tschechien diskutiert und ein Beschluss gefasst. Auch das sind bewirtschaftete Flächen, die dann, wenn wir die Weichen dazu gestellt haben, herausgenommen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür haben Sie 27 Jahre gebraucht!)

Herr von Brunn, das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben. Ich fordere Sie dazu auf, sich mal von einem Ihrer Kollegen oder einer Kollegin auf einen Golfplatz mitnehmen zu lassen, damit Sie mal sehen, wie viel Fläche zum Spielen da ist und wie viel

Fläche für die Natur vorhanden ist. Das ist weit mehr, als Sie hier immer darstellen. Das muss auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Mehr Golfplätze für Bayern! – Florian von Brunn (SPD): Und die Bauern bewirtschaften die dann! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Scheuenstuhl, ich nehme Sie gerne einmal mit, damit Sie sehen, wovon ich Sie hier zu überzeugen versuche. Aber ich glaube, bei Ihnen ist da Hopfen und Malz verloren.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich möchte auch beim Anbindegebot darauf hinweisen, dass man durch das, was wir jetzt umzusetzen versuchen, auch Flächen spart. Erwin Huber hat es gesagt: Wenn man Gewerbeflächen an die Autobahnen bringt, braucht man keine zusätzlichen Umgehungsstraßen, während man um Gewerbegebiete, die an Ortschaften angeschlossen sind, später wieder Straßen herumbauen müsste. Das haben Sie auch nicht erwähnt.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ich möchte darauf hinweisen, dass die CSU versucht, den Landverbrauch zu minimieren. Sie dagegen versuchen, alles zu verhindern, und fordern dann Gewerbegehd, um Ihre Wünsche zu erfüllen. Das passt nicht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dafür möchte ich werben: Vertrauen Sie uns, vertrauen Sie der CSU!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oje, oje! – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Wir

haben auch dem Ministerpräsidenten vertraut, dass er aufhört! – Ministerpräsident Horst Seehofer: Sehr richtig! – Allgemeine Heiterkeit)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Karl von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit zwei Zitaten aus der Abteilung "Anspruch und Wirklichkeit" beginnen: zunächst einmal mit einem Zitat aus der Erklärung des Bündnisses zum Flächensparen aus dem Jahr 2003, das vom damaligen Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und vom Innenministerium initiiert wurde. Ich zitiere:

Böden sind eine zentrale Lebens- und Wirtschaftsgrundlage, die ... auch künftigen Generationen erhalten bleiben muss. ... Die Partner des "Bündnisses zum Flächensparen" ... setzen sich für eine deutliche Reduzierung des Flächenverbrauchs ... ein, ... (sie) fördern ... das Bewusstsein für den Bodenschutz ...

Das zweite Zitat stammt aus der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2013:

Der Flächenverbrauch soll deutlich reduziert werden. Langfristig ist eine Flächenkreislaufwirtschaft ohne weiteren Flächenneuverbrauch anzustreben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so weit der Anspruch. Die Realität schaut etwas anders aus. Zum einen nimmt Bayern beim täglichen Flächenverbrauch den absoluten Spitzenplatz in Deutschland ein. Zum anderen ist dem Landesentwicklungsministerium, kaum dass es zum Finanzministerium abgewandert war, das Bewusstsein für Bodenschutz komplett abhandengekommen. Minister Söder fällt zur Entwicklung der ländlichen Regionen nur ein, dem ungehemmten Flächenverbrauch Tür und Tor zu öffnen. Und dies wird immer mit der Mär verbunden, es müssten nur genügend Flächen für Gewerbegebiete versiegelt werden, schon stünden die Investoren postwendend

auf der Matte. 40 % Leerstand bei den bereits existierenden Gewerbegebieten sprechen da aber ein ganz andere Sprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was brauchen wir? – Wir brauchen ganz sicher keine Sonntagsreden über null Flächenverbrauch. Wir brauchen aber auch keine unrealistischen Obergrenzen für Flächenverbrauch. Wir brauchen klare Konzepte und Handlungsstrategien, die die Ursachen des Flächenverbrauchs an der Wurzel packen. Hier gibt es einige gute Beispiele. Ich nehme die Hofheimer Allianz heraus. Dort haben sich die Gemeinden verpflichtet, keine neuen Baugebiete auszuweisen, sondern die Bürger auch finanziell zu unterstützen, wenn sie Leerstände innerorts wieder herrichten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein großartiges Projekt. Es lebt vom Einsatz der Beteiligten, aber auch davon, dass diese Kommunen finanziell gut aufgestellt sind. Wir fordern deshalb, dass die Staatsregierung einen Fonds einrichtet, um finanziell klamme Gemeinden zu unterstützen, die einen ähnlichen Weg gehen möchten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen die Verpflichtung zu einem verbindlichen regionalen Flächenmanagement im Landesentwicklungsprogramm. Damit können dann sowohl der Bedarf an Bauland als auch der Bedarf an Gewerbegebieten ermittelt werden und interkommunale Lösungen gefunden werden. Meines Erachtens können auf dieser Ebene auch konkrete Zielvorgaben für den Flächenverbrauch gesetzt werden.

Herr Huber, es ist schon interessant. Auf der einen Seite setzt die CSU in der Bundesregierung mit der Verabschiedung der Strategie der "Urbanen Gebiete" gerade darauf, Gewerbe, Wohnen und Handel wieder zusammenzubringen, um Flächen möglichst ökologisch sinnvoll zu nutzen.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Auf der anderen Seite wissen Sie in Bayern davon wieder nichts, gehen genau den anderen Weg und verlagern das Gewerbe mitten in die Natur.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Maßnahmen müssen aber auch von einer verbesserten regionalen Wirtschaftsförderungs- und Ansiedlungspolitik der Staatsregierung flankiert werden. Auch der ORH hat die mangelnde Effizienz und Zielerreichung der Förderpolitik des Wirtschaftsministeriums kürzlich moniert. Invest in Bavaria legt ihren Fokus immer noch viel zu sehr auf die Metropolen in Bayern. Hier besteht großer Handlungsbedarf, auch die anderen wichtigen Regionen mit anzupreisen. Ich sage noch einmal: Vorsorgliches Zubetonieren ist keine Förderpolitik für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesplanung, die ja Vorgaben zur Lösung von Raumkonkurrenzen machen soll, muss wieder gestärkt werden und darf nicht – wie jetzt mit der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms beabsichtigt – de facto plattgemacht werden. Ich denke, zu diesem Thema haben wir am Donnerstag ausreichend Zeit, um uns zu informieren und um zu debattieren.

Zusammenfassend: Wir brauchen keine Sonntagsreden und leeren Versprechungen, sondern eine abgestimmte Zusammenarbeit des Umweltministeriums, des Ministeriums der Finanzen und für Landesentwicklung sowie des Wirtschaftsministeriums. Wir brauchen eine sinnvolle und gute wirtschaftliche Entwicklung und gleichzeitig einen reduzierten Flächenverbrauch in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun Herr Kollege Dr. Hünnerkopf von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was Herr Kollege Erwin Huber schon erwähnt hat.

(Florian von Brunn (SPD): Als Umweltpolitiker!)

– Auch als Umweltpolitiker. – Es ist einfach Faktum, dass die Zahl der Menschen in unserem Land seit der Wiedervereinigung um zwei Millionen gestiegen ist. Herr Kollege Hartmann, jetzt gestehen Sie zu, dass diese Menschen Wohnungen, Schulen und Arbeitsplätze brauchen. Aber wie sieht es aus, wenn es um die Infrastruktur, um Straßen geht? – Das wollen Sie damit nicht unbedingt.

(Michael Hofmann (CSU): Die sollen wohl zu Fuß gehen!)

Wir sind der Auffassung, dass alles zusammenstimmen muss. Das zeichnet die Realpolitik aus. Wir brauchen Wohnungen, wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen aber auch Straßen, damit diese zwei Millionen Menschen jeden Tag zur Arbeit kommen und unterwegs sein können.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, eines möchte ich Ihnen bewusst machen: Wir reden hier von Flächenverbrauch. Ich möchte bewusst zwischen den Begriffen "Flächenverbrauch" und "Versiegelung" differenzieren. Seit dem Jahr 2012 haben wir Gott sei Dank eine neue Zuordnung bei den verschiedenen Flächenkategorien, sodass der zahlenmäßig hohe Flächenverbrauch in Bayern von bis dato 15 oder 20 Hektar pro Tag zumindest relativiert worden ist. Wir liegen jetzt bei 11 bis 13 Hektar,

(Florian von Brunn (SPD): Weil die Statistik geändert worden ist!)

weil wir unbebaute Bauplätze nicht mehr den versiegelten Flächen und dem Flächenverbrauch zurechnen, sondern, realistischerweise, den Biotopen. Ich habe jüngst die Erfahrung gemacht, dass ein lange brachliegender Bauplatz, der von Eidechsen be-

siedelt war, zunächst nicht mehr bebaut werden durfte, weil er ein wertvolles Biotop war.

(Florian von Brunn (SPD): Aber dadurch ist doch der Flächenverbrauch nicht gesunken!)

Meine Damen und Herren, dieser Zustand hat eine Korrektur gefunden, die der Realität viel näher kommt.

Ich möchte in der mir verbleibenden Zeit auf zwei Felder zu sprechen kommen, auf denen ich praktische Lebenserfahrung habe. Ich war zehn Jahre lang in der Straßenplanung und danach dreizehn Jahre auf dem Gebiet der ländlichen Entwicklung und der Dorferneuerung tätig. Deshalb möchte ich einiges klarstellen: Wenn es um den Straßenbau geht, werden bei der Planung immer verschiedene Varianten beurteilt. Dabei wird nicht immer die flächengreifendste Variante gewählt, sondern auch die flächensparendste. Seit Jahrzehnten ist es in der Straßenplanung Tradition, dass mit der Fläche verantwortungsvoll umgegangen wird. Bei einer Umgehungsstraße ist das nicht immer leicht zu realisieren. Aber wollen wir deswegen den Menschen sagen, dass der Verkehr auch künftig durch den Ort geführt werden muss, weil ein Hektar benötigt würde, um diesen Ort zu umgehen?

(Florian von Brunn (SPD): Sie kommen mit einer faden Entschuldigung nach der anderen!)

Nun zum nächsten Punkt, den ich klarstellen möchte: Gerade beim Straßenbau werden Flächen, die vorher Verkehrsflächen waren, wieder entsiegelt. Hier ist es am leichtesten, die Flächen wieder einer ackerbaulichen oder gärtnerischen Nutzbarkeit zuzuführen. Wir müssen uns einmal bewusst machen, was vorhin schon von Herrn Kollegen Nussel angedeutet worden ist: Rein statistisch liegt der Versiegelungsgrad der sogenannten Siedlungs- und Verkehrsflächen bei ungefähr 47 %. Das bedeutet, 53 % der Flächen sind Freiflächen, die der Natur dienlich sind.

(Florian von Brunn (SPD): Noch!)

– Was heißt "noch"? Wenn eine Straße auf einer Böschung verläuft, habe ich links und rechts Freiflächen. Auf diese Flächen kann ich nicht noch einmal Asphalt legen.

(Beifall bei der CSU)

Mit den Flächen wird also sehr bewusst umgegangen. Ich möchte jede Fraktion fragen, auch die GRÜNEN, die punktuell in Bayern auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen, was deren Bürgermeister tun, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Kommune zu entwickeln. Lassen sie das sein?

(Florian von Brunn (SPD): München!)

– Was bleibt denn in München an Flächen übrig? Dort sind alle Flächen genutzt. So ist das auch in anderen Kommunen. Wir wollen doch, dass die Menschen in diesen Kommunen bleiben, dort ihre Berufe ausüben können und nicht in die Städte weiterziehen.

Abschließend möchte ich noch auf die ländliche Entwicklung und die Dorferneuerung eingehen. Seit den Achtzigerjahren gibt es die Innerortsentwicklung, die zunächst punktuelle und später dann flächengreifende Erfolge hatte. Ein gutes Beispiel dafür ist die Hofheimer Allianz. Diese Beispiele zeigen, dass eine interkommunale Zusammenarbeit dazu führt, dass Flächen gezielt in Anspruch genommen werden und nicht jede Kommune ein eigenes Gewerbegebiet ausweist. Das ist ein Ergebnis vieler Entscheidungen. Ich könnte jetzt zehn grundlegende Entscheidungen und Aktivitäten der Staatsregierung nennen, die zu einem zunehmend verantwortungsvollen Umgang geführt haben.

Ich möchte mit dem Hinweis schließen, dass der Ministerrat im September 2015 eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet und sie damit beauftragt hat, auf ein Aktionsprogramm "Flächensparen Bayern" hinzuarbeiten. Dies zeigt, dass die Staatsregierung und die CSU ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir lassen uns da auch von Ihren Krakeelereien nicht beirren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr genau zugehört, was Herr von Brunn und Herr Hartmann gesagt haben. Ich habe aber nichts Neues gehört. Die Reden erinnerten mich an das, was seit Jahren, seit Jahrzehnten, hier gesagt wird. Wissen Sie, was ich glaube? – Sie haben Bayern nicht verstanden. Sie haben die Heimat nicht kapiert. Sie haben kein Gefühl für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Irgendwie sind Sie heute aggressiver!)

Sie bewegen sich immer im gleichen kleinen geistigen Quartier. Sie haben ausschließlich die Metropolen im Kopf und würden am liebsten den gesamten ländlichen Raum zu einer Art Museum erklären. Nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass die Menschen in Bayern nicht nur in Großstädten leben wollen, sondern auch in ihrer Heimat im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Herr Söder, wir können auch nichts dafür, dass Sie nicht zum Zug gekommen sind!)

Warum stehen wir vor den Herausforderungen, die Erwin Huber beschrieben hat? – Wir stehen vor diesen Herausforderungen, weil wir erfolgreich sind. Die Menschen wollen nach Bayern. Sie fliehen vor NRW, und sie fliehen vor rot-grünen Regierungen; sie wollen nach Bayern, weil es hier besser, schöner und attraktiver ist.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir noch mehr Zuwanderung, wenn ich das einmal sagen darf. Sie wollen nämlich eine Zuwanderung nicht nur aus Deutschland, sondern

aus der ganzen Welt. Wenn wir aber mehr Zuwanderung und mehr Menschen bekommen, dann können wir doch nicht sagen: Wir schaffen keine Infrastruktur. Als verantwortungsvolle Politiker müssen wir uns dann überlegen, wie wir die Balance schaffen. Wir arbeiten an der Balance, die wir brauchen.

Vor wenigen Tagen war ich bei der Sendung "Jetzt red i" in Wunsiedel. Frau Kollegin Aures war auch dabei. Sie sollten sich diese Sendung einmal ansehen. Die Bürger dort waren nicht mehrheitlich CSU-Mandatsträger. Diese Bürger respektieren, akzeptieren und finden es gut, dass wir uns als Land um ihre Landkreise und ihre Gemeinden kümmern. Mit der Heimatstrategie, die wir auf den Weg gebracht haben, haben wir substantielle Beiträge geleistet, damit es in den strukturschwachen Regionen wieder vorangeht. Wir investieren in die Großstädte, ja. Wir lassen aber auch das flache Land nicht allein.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Warten wir ab, was dabei herauskommt!)

Würden wir tun, was in anderen Bundesländern gang und gäbe ist, würden wir damit einen Prozess verstärken, der uns große Sorgen macht. Zum Glück ist München super attraktiv. Aber wir spüren doch die Überhitzung der Metropole. Pendlerströme: München ist mit 800.000 Pendlern die Pendler-Hauptstadt Nummer eins. Führen die Pendler dazu, dass das ökologische Klima in München besser wird? Führen die Pendler dazu, dass der Wohnraum für normale Einkommensgruppen besser wird? Führen die Pendler dazu, dass Investitionen in den Nahverkehr billiger werden? – Das Gegenteil ist der Fall.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind die Ergebnisse der Politik von Herrn Söder und der CSU!)

Ist es eine sinnvolle und gerechte Politik, auf Dauer nur dafür zu sorgen, dass Ballungsräume gestärkt werden, während junge Leute ihre Heimat verlassen müssen?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die CSU trägt dazu bei, dass die Leute ihre Heimat verlassen müssen!)

– Hören Sie doch einmal zu! Je lauter Sie plärren, desto weniger haben Sie die Chance, Vernunft in den Kopf zu bekommen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie haben heute schlechte Laune!)

Heimatstrategie – das bedeutet ein breit gefächertes Angebot zur Stärkung der Infrastruktur, Breitbandförderung wie in keinem anderen Land, Behördenverlagerung wie noch nie, Förderung der Regionalisierung der Hochschulen in vielen Landkreisen in Bayern und – was ganz wichtig ist –: die finanzielle Förderung der Kommunen, gerade auch von strukturschwachen Kommunen im ländlichen Raum.

Das alleine reicht zwar nicht, es ist aber die Basis für mehr. Unser Ziel besteht darin – Erwin Huber hat es bereits gesagt –, Wohnen und Arbeiten noch näher zusammenzubringen.

(Florian von Brunn (SPD): Das Gegenteil machen Sie!)

Deswegen ist es doch nur sinnvoll, auch den kleineren Gemeinden eine Chance einzuräumen. Muss denn jedes Gewerbe, das in Bayern ausgeübt wird, nur immer für teures Geld in der Großstadt präsent sein? – Auch kleine Gemeinden haben das Recht, Arbeitsplätze für ihre Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ich bitte Sie, einfach mal ein bisschen mehr Respekt, ein bisschen mehr Vertrauen und ein bisschen mehr Anstand gegenüber den kleinen Gemeinden zu zeigen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eieiei!)

Warum sind denn der Gemeindetag und der Landkreistag wie Erwin Huber uneingeschränkt für die Reformen, die wir durchführen wollen – ich betone: uneingeschränkt? – Man wünscht sich dort sogar noch mehr Reformen!

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt doch überhaupt nicht!)

Der Gemeindetag sagt, es müssten sogar noch mehr sein. Warum? – Ich sage es Ihnen: Nicht jede noch so kleine Ansiedlung in Bayern soll von Bürokratiehemmnissen geprägt sein und nur von der Ministerialbürokratie entschieden werden dürfen. Die Bürger vor Ort wissen häufig besser, was für eine Gemeinde notwendig ist, als wir hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Das gilt übrigens, wenn ich es so sagen darf, auch für das Riedberger Horn. Auch das ist eine moderne Form der Landesentwicklung,

(Lachen bei der SPD)

dass am Ende sogar eine größere Naturfläche im Alpenplan C steht.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist eine Zerstörung!)

Ich frage mich: Wie geistig unstrukturiert muss man sein,

(Florian von Brunn (SPD): Um solche Reden zu halten!)

wenn nach einer Veränderung im Alpenplan ein Mehr an Naturfläche vorhanden ist und man dies als Zerstörung bezeichnen will? Da hat jemand die einfachsten Rechenarten schlicht nicht kapiert.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Kernargumentation zur Zersiedelung in Bayern sagen; Erwin Huber hat es bereits angesprochen, und ich möchte es fortsetzen. Bay-

ern hat einen Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 11,9 %. Damit liegen wir deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 13,7 %. Wir haben von allen Ländern in Westdeutschland mit Abstand den geringsten Besiedlungsanteil. Über 83 % der Fläche in Bayern ist Landwirtschafts- und Waldfläche. Die Waldfläche ist seit 1980 sogar um über 2 % gewachsen und macht mittlerweile ein Drittel der Fläche Bayerns aus.

(Florian von Brunn (SPD): Dr. Markus Schönredner!)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Zahlen kann man doch nicht behaupten, dass Bayern eine Betonwüste ist. Wir sind ein Naturland!

(Beifall bei der CSU)

Der Anteil der Landschaftsschutzgebiete an der Fläche Bayerns beträgt 30 %. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt von 27,9%. Bei den Naturparks liegt der Anteil bei 31,8 %. Auch damit liegen wir über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 27,8 %.

Wenn man dann einen Blick auf die Gesamtfläche wirft und schaut, wie viel davon tatsächlich versiegelt ist, dann stellt man anhand der neuen Zahlen des Umweltbundesamtes fest, dass die rein versiegelte Fläche in Bayern bei 5,41 % liegt. Warum? – Die anderen Flächen wie Radwege, Reitwege, Grünflächen und Erholungsflächen gehören natürlich auch zur Natur.

(Florian von Brunn (SPD): Ach so, das ist ja interessant!)

Wenn man Bayern als ein Fußballfeld betrachten würde, entsprächen die 5,41 % maximal der Hälfte eines Strafraums. Das ist angesichts der Tatsache, dass wir wachsen, dass wir erfolgreich sind und dass wir außerdem attraktiv sind, ein wirklich sehr guter Wert. Das möchte ich an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: Wir betreiben hier in Bayern die mit Abstand modernste Landesentwicklungspolitik. Zu uns kommen Gäste aus Österreich und fragen: Wie schafft ihr es eigentlich, die Balance hinzubekommen? Gemeinden aus Baden-Württemberg befürchten, dass Bayern deutlich schneller sein könnte im Hinblick auf eine moderne Entwicklung im Landesentwicklungsprogramm. Wir schaffen Attraktivität an unseren Grenzen. An den Grenzen zu Tschechien heißt es: Mit diesen Entwicklungen wird es interessant, mehr Verbindungen aufzunehmen und die Grenzräume zu stärken.

(Florian von Brunn (SPD): Ich würde die gerne mal kennen lernen, die so was sagen!)

Wir schaffen hier wirklich eine der modernsten Strukturen dafür. Ich bitte Sie daher: Verbleiben Sie nicht nur immer still in Ihren rot-grünen geistigen Kämmerchen, sondern versuchen Sie, mit den Leuten draußen im Land zu reden. Gehen Sie raus, sprechen Sie mit den Bürgermeistern, sprechen Sie mit Bürgern!

(Florian von Brunn (SPD): Herr Söder, das machen wir!)

Dann werden Sie erleben, dass die Mehrzahl der Bürger mit ihrer Lebenssituation zufrieden ist. Sie würden sich allerdings wünschen, dass München ein größeres Herz für den ländlichen Raum zeigt. Die Mehrheit hier im Landtag hat dieses Herz.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.